
DIE LINKE.

Ausgabe III / 2010

Studiengebühren sofort abschaffen!

Noch heute klingeln die Absichtserklärungen von SPD und Grünen im Landtagswahlkampf 2010 in den Ohren: Es dürfe kein Talent zurückgelassen werden, „Bildungsfreiheit von der Kita bis zur Hochschule“ und „Studienge-



bühren abschaffen“. Alles heiße Luft: Was SPD und Grüne derzeit an politischen Machtspielen auf dem Rücken der Studierenden austragen, ist unerträglich. DIE LINKE im Landtag fordert: Studiengebühren sofort abschaffen!

Ein entsprechender Antrag wurde von SPD und Grünen „aus Verfahrensgründen“ nicht unterstützt. Selbst einen Kompromissvorschlag der LINKEN, die Studiengebühren zum Sommersemester 2011 abzuschaffen, lehnen

Ab Seite 5 DIE LINKE. im Rat der Stadt

SPD und Grüne bisher ab. Doch DIE LINKE im Landtag von NRW fordert weiterhin: Studiengebühren spätestens zum Sommersemester 2011 abschaffen!

Die Chronologie der Täuschung der WählerInnen:

2009/2010 – Bildungsstreik

DIE LINKE unterstützt die massiven Proteste von Studierenden im Bildungsstreik. Grüne und SPD übernehmen die Forderung nach Abschaffung der Studiengebühren.

Mai 2010 – Landtagswahl in NRW

DIE LINKE ist erstmals im Landtag von NRW vertreten. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und LINKEN gäbe es de facto eine Mehrheit zur Abschaffung von Studiengebühren.

Juli 2010 – LINKE fordert kostenfreie Bildung

DIE LINKE bringt einen Gesetzentwurf zur sofortigen Abschaffung der Studiengebühren noch zum WS 2010/11 ein. Grüne und SPD verweigern die Zustimmung.

September 2010 – Katze aus dem Sack (1)

Die Landesregierung aus SPD und Grünen lässt die Katze aus dem Sack: Ihr Gesetzentwurf sieht vor, Studiengebühren erst zum WS 2011/12 (!) abzuschaffen.

September 2010 – LINKE sucht Kompromiss

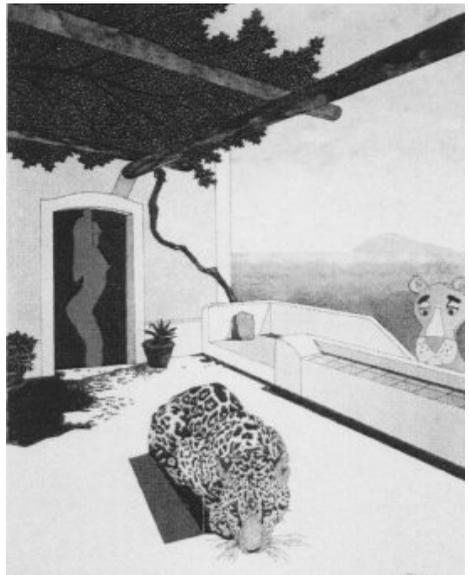
Die Studiengebühren für das laufende Semester wurden längst fällig. Die Fraktion DIE LINKE schlägt einen Kompromiss vor, Studienge-

bühren zum Sommersemester 2011 abzuschaffen. Bisher keine Reaktion von Grünen und SPD.

Oktober 2010 – Katze aus dem Sack (2)

Im Zuge der Debatte um den Nachtragshaushalt 2010 lässt die Landesregierung die zweite Katze aus dem Sack: SPD und Grüne verweigern die Bereitstellung von Mitteln zur Abschaffung der Studiengebühren zum SS 2011.

Ausstellung TALIS - Aquarelle



Der Mönchengladbacher Künstler Rüdiger Gellissen stellt seine Aquarelle vom 27.11.2010 bis zum 14.01.2011 in den Räumen der Partei DIE LINKE (Hauptstr. 2, Fußgängerzone Rheydt) aus. Öffnungszeiten von Di. bis Fr. jeweils von 10:00 bis 12:00 Uhr und von 16:00 bis 18:00 Uhr. **Eintritt frei!**

+++ Der Castor rollt nicht durch Mönchengladbach +++

Durch die ganze Republik rollen die Castoren mit ihrem hoch aktiven Müll. Allein der Castor-Transport nach Gorleben im November dieses Jahres barg so viel Radioaktivität in sich wie ein ganzes Tschernobyl.



„TschernoMobil“ schrieben deswegen einige besorgte Umweltschützer auf Transparente.

Auch in NRW sind Castor-Transporte geplant, u. a. von Jülich nach Ahaus. Überall haben die Menschen Befürchtungen, gehen

besorgte Bürger auf die Straße.

Nur eine Stadt fürchtet sich nicht vor dem Castor, und das ist Mönchengladbach.

Bereits 2009 hatte Sabine Cremer, Mitglied der LINKEN im Umweltausschuss des Mönchengladbacher Stadtrates, vor den Gefahren der Castor-Transporte gewarnt. Schon ein einfacher Blick auf die Karte, so Cremer damals, genüge, um zu erkennen, dass Transporte von Jülich nach Ahaus, wenn sie mit LKWs durchgeführt werden, hart an den Stadtgrenzen von Mönchengladbach vorbeigingen. Und so wandte sich Frau Cremer mit einem Schreiben an die Stadt, wollte wissen, ob ihre

Sorgen vor Atommülltransporten im Raum Mönchengladbach berechtigt seien. Glücklicherweise konnte der „Fachbereich Umweltschutz und Entsorgung“ der Stadt Mönchengladbach die Befürchtungen der besorgten sachkundigen Bürgerin entkräften. Die Stadtverwaltung habe keine Kenntnis von solchen Transporten, hieß es am 2. Februar 2010 in Beantwortung eines Schreibens vom 8. Dezember 2009.

Auch vor möglichen Unfällen von Atommülltransporten müsse man sich nicht fürchten. Einsatzleiter und Einsatzkräfte der Feuerwehr seien ja im Zuge ihrer Ausbildung für die ABC-Gefahrenabwehr geschult. Zu diesem Bereich gehören auch die Einsätze mit „atomaren“ Gefahren, so das Schreiben der Stadtverwaltung an Frau Cremer weiter.

Selbst wenn etwas passiere: „Es ist (daher) davon auszugehen, dass bei einem Unfall mit radioaktivem Material der Schutz der Bevölkerung gewährleistet ist“ heißt es weiter in dem Schreiben.

Bei so viel Sicherheit stellt sich die Frage, warum es immer noch Mönchengladbacher Bürger gibt, die wegen der Castor-Transporte auf die Straße gehen.

Fürchtet Euch nicht!

Nein, hier in Mönchengladbach sind wir doppelt vor den atomaren Gefahren von Castor-Transporten abgesichert: Sollte es zu einem Unfall mit Atomtransporten kommen, ist ja der

„Schutz der Bevölkerung gewährleistet“.

Und da die Stadtverwaltung keine Kenntnisse von derartigen Atomtransporten hat, fahren auch keine Atomtransporte und Castoren durch Mönchengladbacher Stadtgebiet – nur irgendwo außerhalb der Stadtgrenzen. Und das betrifft uns ja schon nicht mehr. Der Castor rollt nicht durch Mönchengladbach. Und wenn er doch rollt, wird schon nichts passieren. Und wenn doch etwas passiert, ist „der Schutz der Bevölkerung gewährleistet“. Wo ist also das Problem?

Schwarz-Gelbe Lügen, Rot-Grüne Vor- und Nacharbeit!

Sicher weiß auch DIE LINKE, dass mit dem Wegfall der Studiengebühren auch Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Deswegen drängen die Hochschulen, auch die Hochschule Niederrhein, auf eine Kompensation der Mittel durch das Land.

Die reale Situation ist tatsächlich so, dass die Hochschulen inzwischen auf die Mittel angewiesen sind, nur leider wird vergessen, dass dies nie vom Gesetz her so gedacht war. Die Studiengebühren sollten zusätzlich sein, die Grundausstattung der Hochschulen sollte weiterhin durch die Zuwendungen des Landes gesichert sein. Die jetzige Abhängigkeit der Hochschulen von den Studiengebühren deckt die Lügen-Gesetzgebung von Schwarz-Gelb auf, das muss in aller Deutlichkeit gesagt werden. Und die Konsequenzen da-

raus dürfen jetzt nicht die Studierenden tragen. DIE LINKE hat im Landtag Vorschläge eingebracht, wie eine schnelle Gegenfinanzierung aussehen kann. Es hätte zum Beispiel der so genannte Ausfallfonds bei der NRW.Bank verwendet werden können.

Doch es darf auch nicht vergessen werden, wer in NRW als erstes Studiengebühren eingeführt hat. Dies war die SPD gemeinsam mit den Grünen. In Person war es die heutige Ministerpräsidentin und damalige Bildungsministerin Frau Hannelore Kraft. In Form von Studienkonten setzte sie die Langzeitstudiengebühren durch. Und trotz der inzwischen durch Bachelor- und Master-Studiengänge veränderten Situation setzt Frau Kraft auch weiterhin auf das Druckmittel Regelstudienzeit. In dem vorliegenden Gesetzentwurf werden Teile der Mittel nach der Anzahl der Studierenden in der Regelstudienzeit auf die Hochschulen verteilt. Doch vielen Studierenden ist es gar nicht möglich, Vollzeit zu studieren, durch eine mangelnde Studienfinanzierung nimmt die (Lohnerwerbs-) Arbeit immer mehr Raum ein und das Lernen bleibt auf der Strecke. Hinzu kommen persönliche Situationen, die einen haben bereits Kinder, die anderen pflegen ihre Eltern, manche Studierende können wegen Krankheit oder Behinderungen nicht die volle Leitung erbringen. Alles Faktoren, die das Raster Regelstudienzeit unberücksichtigt lässt!

Geldmangel nun auch für die Sicherheit unserer Kinder? – bis 50 geht noch...

Mit Entsetzen musste DIE LINKE. Mönchengladbach davon Kenntnis nehmen, dass der Geldmangel der Stadt nun offensichtlich auch zu Lasten der Sicherheit unserer Kinder geht, und in diesem Zusammenhang Geschwindigkeitsüberschreitungen in einer verkehrsberuhigten Zone (Schule) keine besondere Auffälligkeit sind, sofern nicht schneller als 50 km/h gefahren wird.

In einer Anfrage an die Stadt durch den Bezirksvertreter West, Martin Selt, dafür Sorge zu tragen, dass der Schulweg der 1.- und 2.-Klässler auf der Rheindahlener Str./ Orffstraße in Wickrath im Bereich der verkehrsberuhigten Zone und dem Fußgängerüberweg auf Grund der zunehmenden Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Radar-Kontrollen überwacht wird, bekam dieser zur Antwort:

„Bei einer Vielzahl von Messungen konnten keine besonderen Auffälligkeiten festgestellt werden, d. h. das Gros der Geschwindigkeiten bewegte sich in einem Bereich bis 50 km/h“

weiter hieß es:

„Wegen technischer Vorgaben kann der städtische Radarwagen seit einiger Zeit nicht mehr eingesetzt werden. Eine Neuanschaffung ist in die Wege geleitet. Das KFZ wird voraussichtlich Ende November geliefert und die Radaranlage ca. Mitte De-



zember entsprechend nach Eichung in Betrieb genommen.“

Auf eine weitere Eilanfrage des Bezirksvertreters Martin Selt vom 05.10.2010 in der Sitzung der Bezirksvertretung West, was zur Sicherung der Bushaltestelle der Linie 16 Konrad-Bäumer-Str. auf der K20 Beckrather Straße in Wickrath geschehen soll, wurde seitens der Stadtverwaltung am 09.11.10 zwar nicht gerade zeitnah, aber immerhin konstruktiv geantwortet. Eine bauliche Lösung zur Beseitigung der Gefahrensituation und zur behindertengerechten Ausgestaltung der Haltestelle wird nun erarbeitet. Damit einhergehen sollen mindestens eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h und eine Optimierung der Beleuchtungssituation in diesem Bereich.

Martin Selt

Bezirksvertretung
West

Gelderner Str. 73a
41189 M'gladbach
02166 / 85 53 98

martin.selt@die-linke-mg.de



*„Die Sicherheit unserer
Bürgerinnen und Bürger muss
an erster Stelle stehen,
insbesondere die Sicherheit der
Schwächsten und zwar die der
Kinder.“*

Jedoch wurde in der Antwort auch darauf hingewiesen, dass die Finanzierung dieser Maßnahmen noch zu klären sei.

DIE LINKE. Mönchengladbach sieht darin einen Teilerfolg, der ihre Arbeit bestätigt. Dennoch müssen sich im Gesamtzusammenhang folgende Fragen gestellt werden. Welche Gedanken werden sich grundsätzlich um die Sicherheit unserer Kinder seitens der Stadt gemacht? Wenn Gefahr im Verzug ist, sollte es keines wochenlangen Schriftverkehrs bedürfen, damit mit entsprechenden Maßnahmen reagiert wird. Und zu dem auch hier wieder ergangenen Hinweis auf die Finanzierung der beschriebenen Sicherheitsmaßnahme, kann man nur folgendes anmerken:

Wer möchte denn im Zweifelsfall für ein verunglücktes Kind die Verantwortung übernehmen - vielleicht der Pleitegeier?

Nicht mit RWE!

Ziel der Linken ist eine NVV, die die Daseinsvorsorge sicher stellt, zu günstigen Preisen Energie an die BürgerInnen liefert und eine konsequente Ausrichtung auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz als Geschäftspolitik zur Grundlage hat, die eine Struktur aufweist, in der die Verluste in den Geschäftsbereichen Verkehr und Bäder mit den Gewinnen aus dem Energiebereich ausgeglichen werden können.

Eine solche Geschäftspolitik ist aus Sicht der Partei DIE LINKE. Mönchengladbach jedoch mit einer Beteiligung von RWE nicht möglich.

RWE und den anderen marktbeherrschenden Stromkonzernen geht es nicht um eine an den Interessen von Mensch und Natur ausgerichtete Energiepolitik. Es geht um Profite zu Lasten der Menschen und der Umwelt.

In einer Zeit, in der die Großhan-

Bernhard Clasen

Ratsherr

*„RWE ist einer
der größten
Umweltzerstö-
rerer Deutsch-
lands. Mit ei-
nem solchen*

*Partner ist eine Ausrichtung auf
regenerative Energie und güns-
tige Energiepreise für die Bevöl-
kerung nicht zu machen.“*



delspreise an der Leipziger Strombörse seit 2008 um bis zu 40% gesunken sind, kündigt RWE Strompreiserhöhungen an. In Berlin lässt RWE sich in einem Geheimvertrag kontinuierlich steigende Gewinne in der Wasserwirtschaft sichern. Die Firma Urenco, Tochter von RWE und EON, lieferte 27.000 Tonnen hoch giftiger Uranabfälle nach Sibirien, wo sie die Gesundheit der Menschen vor Ort bedrohen.

RWE ist seit 2008 in Rumänien aktiv, wo es in das rumänische Atomkraftwerk Cernavoda investieren will. Dieses befindet sich in einem Erdbebengebiet, in dem, so die taz vom 20.4.2010, seit 1940 mehrere tausend Menschen bei Erdbeben ums Leben gekommen sind. Zusammen mit den anderen Energiekonzernen setzt RWE den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie durch. Zum Nachteil von kommunalen Stadtwerken und Erzeugern von erneuerbarer Energie. Eine Million EUR pro Tag und pro Atommeiler bringt das an zusätzlichen Gewinnen. Auf erneuerbare Energien setzt

RWE nur dann, wenn ein entsprechender Profit zu machen ist.

Zu den Plänen der NVV über einer gemeinsamen Holding mit Viersen sagt DIE LINKE „Nein“. Mit unserem „Nein“ machen wir deutlich, dass wir eine weitere Regionalisierung und Verstärkung der Vormachtstellung von RWE in der Region ablehnen. Die Möglichkeiten sich von RWE zu trennen, werden dadurch weiter erschwert.

Mit ihrem „Nein“ befindet sich DIE LINKE in guter Gesellschaft: Auch die Viersener Grünen haben aus Protest gegen RWE mit Nein gestimmt.

Retro statt Conversio!

So heißt die Forderung der Partei DIE LINKE. Mönchengladbach zum Thema Konversion des JHQ in Rheindahlen, im lateinischen Sprachgebrauch.

Die allgemeine Devise lautet hier Umwandlung, doch wir sind der Meinung, dass die Stadt Mönchengladbach, die sich seinerzeit in einer Nacht- und Nebelaktion eine Enteig-



nung von großen Teilen ihres Grundbesitzes gefallen lassen musste, das Areal in seiner ursprünglichen Form zurück fordern muss. Wer sich nicht mehr erinnert, es handelte sich hier um ein wunderschönes Waldgebiet mit gesundem Baumbestand und einer hervorragend funktionierenden Flora und Fauna.

Es kann nicht sein, dass die Stadt Mönchengladbach ihre Ressourcen bündeln muss, um sich Gedanken zu machen, wie man ein gestohlenen Stück Heimat umwandelt. Die klare Forderung muss lauten: Wir wollen das zurück, was uns einmal genommen wurde und zwar ohne wenn und aber und vor allem, ohne unseren Stadtsäckel zu belasten.

original sozial
www.die-linke-mg.de



Sozialberatung und mehr:

Jeden Donnerstag und Freitag bietet DIE LINKE von 10:00 bis 12:00 und von 16:00 bis 18:00 Uhr eine Sozialberatung an. Und jeden letzten Donnerstag im Monat gibt es zum Reden und Austauschen über die eigenen Erfahrungen ein Erwerbslosen Frühstück. Einfach mal Vorbeikommen!

Impressum / V.i.S.d.P.:

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Hauptstraße 2
41236 Mönchengladbach
Telefon: 0 21 66 / 9 79 22 43
Fax: 0 21 66 / 9 79 22 42
E-Mail: buero@die-linke-mg.de
Web: www.die-linke-mg.de

BürgerInnensprechstunde:

Jeden Montag von 18:00 – 19:00 Uhr führt die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach in ihrem Büro Hauptstraße 2 (Fußgängerzone Rheydt) eine BürgerInnensprechstunde durch.

Durchgeführt wird die Sprechstunde jeweils von einem Mitglied im Rat der Stadt oder der Bezirksvertretungen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch mit seinen Fragen oder seinem Thema anzumelden. Telefon: 02166-9792249.